

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 27. Februar 2013

115. Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois und Roger Tognella betreffend illegale Party am Hottingerplatz, Strategie der Stadtpolizei und Haltung des Stadtrats

Am 14. November 2012 reichten die Gemeinderäte Marc Bourgeois (FDP) und Roger Tognella (FDP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2012/425, ein:

In der Nacht vom Freitag, 9.11.2012, auf Samstag, 10.11.2012 fand am Hottingerplatz um und in einem Haus, das bis vor kurzem genutzt wurde und jetzt einem Neubau weichen soll, eine unbewilligte Party statt. Dabei überzogen die TeilnehmerInnen die ganze Gegend um den Hottingerplatz mit einer Spur der Verwüstung. An verschiedenen privaten und gewerblichen Liegenschaften wurden Scheiben eingeschlagen. Zahllose Liegenschaften und Einrichtungen bis hin zum Kunsthaus wurden mit Sprayereien überzogen. Bis am darauffolgenden Dienstagabend stand die nähere Umgebung des Gebäudes in Dreck, Abfall und Scherben. Zu guter Letzt verursachten die TeilnehmerInnen einen Hausbrand, der ohne das Eingreifen der Feuerwehr auf andere Liegenschaften schlafender Nachbarn hätte übergreifen können. Die Polizei liess die Krawallmacher – einmal mehr – gewähren.

Dieser Vorfall – und insbesondere die ausbleibende sichtbare Reaktion der Stadtpolizei – reiht sich in eine ganze Reihe von Vorfällen ein, bei denen die Bevölkerung keinerlei Konzept in der Schwergewichtsbildung der Stadtpolizei und in der Anwendung eines ausgewogenen Verhältnismässigkeitsprinzips erkennen kann. Entsprechend werden oftmals Befürchtungen laut, dass sich der Stadtrat eine politische Polizei hält: Gewerbetreibende werden wegen Lappalien gebüsst, Autonome dagegen kommen bei Saubannerzügen ungeschoren davon; motorisierte VerkehrsteilnehmerInnen werden mit eiserner Hand durch Schwärme von Kontrollorganen gebüsst, Velofahrende in ihrer grossen Mehrheit gar nicht.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wurde die Stadtpolizei auf die Aktion aufmerksam gemacht?
2. Welche Massnahmen hat die Stadtpolizei getroffen? Mit welchen Überlegungen?
3. Hat die Stadtpolizei Personenkontrollen, Verzeigungen und/oder Verhaftungen vorgenommen? Falls ja, wie viele. Falls nein, weshalb nicht?
4. Welche Stelle entschied, welche Massnahmen getroffen bzw. nicht getroffen werden sollen?
5. Teilt der Stadtrat die Ansicht, dass Sachbeschädigungen und ein gewalttätiger Verlauf der Aktion rasch absehbar waren? Falls nein, wieso nicht?
6. Hätte die Stadtpolizei Zürich in dieser Nacht über genügend Kräfte verfügt, um die Lage im Minimum zu beruhigen, Sachschäden zu verhindern, Personenkontrollen und Verzeigungen durchzuführen oder im Maximum Straftäterinnen bzw. Straftäter festzunehmen?
7. Die Stadtpolizei Zürich unterhält eine Pikettorganisation. Ist sie damit nicht in der Lage, einer rund sechs Stunden dauernden, unbewilligten und absehbar gewalttätig endenden Aktion Einhalt zu gebieten? Wurden in dieser Nacht Pikettelemente aufgeboten?
8. Steht bei der Schwergewichtsbildung polizeilicher Einsatzkräfte ein optimales Aufwand/Ertragsverhältnis im Vordergrund, bei dem zunächst «leichte Ziele» verfolgt werden, ungeachtet der Tragweite des Vergehens? Falls nein, wie erklärt der Stadtrat, dass Anwohner, Gewerbebetreibende und motorisierte VerkehrsteilnehmerInnen wegen Lappalien systematisch gebüsst werden, während bei anderen Gruppierungen, die sich bisweilen ein äusserst dürrtiges politisches Mäntelchen umhängen, grundsätzlich nicht einmal der Versuch unternommen wird, sie strafrechtlich zu verfolgen und Schäden bei Unbeteiligten abzuwenden?
9. Kann der Stadtrat nachvollziehen, dass die Stadtpolizei mit einer solchen Schwergewichtsbildung bei breiten Bevölkerungskreisen den Ruf einer politisch agierenden Polizei trägt?
10. Gewichtet der Stadtrat das Recht einzelner Gruppierungen, sich auch ausserhalb des gesetzlichen Rahmens zu entfalten, höher als das Recht der Anwohnenden und Gewerbebetreibenden auf den Schutz ihres Eigentums, das sie zumeist mühsam und über Jahre aufgebaut haben? Falls ja, weshalb?
11. Gemäss Aussagen einzelner Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer an dieser Aktion handelte es sich um «Fun». Stuft der Stadtrat die besagte Aktion dennoch als politisch motiviert ein? Falls ja, wie erklärt der Stadtrat die Konzeptlosigkeit in den hinterlassenen Botschaften, die von kommunistischen bis zu jüdenfeindlichen Parolen und Symbolen reichen?
12. Erhofft sich der Stadtrat, durch eine ausbleibende sichtbare Reaktionen der Stadtpolizei bei solchen Vorfällen ein Stellenwachstum bei derselben politisch besser rechtfertigen zu können?

13. Hält es der Stadtrat aufgrund der nunmehr möglichen, niederschweligen Jugendbewilligungen für Partys für angebracht, illegalen Partys mit destruktivem Charakter entschlossener entgegenzutreten? Falls ja, weshalb tut er es nicht?
14. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass er bei einer ausbleibenden Reaktion auf solche Vorfälle entsprechende Gruppierungen regelrecht zur Wiederholung einlädt, wodurch letztlich noch weit mehr polizeiliche Kräfte gebunden werden? Falls ja, weshalb sorgt er nicht für einen langfristig optimaleren Ressourceneinsatz?
15. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass die verursachten, von Privaten zu tragenden Schäden mutmasslich über jenen eines entschlossenen Polizeieinsatzes liegen?
16. Ist sich der Stadtrat dessen bewusst, dass ein solch wütender Mob nicht nur Sachschäden hinterlässt, sondern bei den Anliegerinnen und Anliegern auch Angstzustände hervorruft?
17. Kann der Stadtrat nachvollziehen, dass die zunehmende Flut von Ge- und Verboten bei gewissen – durchaus normal sozialisierten Jugendlichen – das Verlangen nach einem Ausbruch aus diesem Gesetzeskorsett hervorrufen kann, wodurch solch unkontrollierte Aktionen begünstigt werden?
18. Wäre der Steuerfranken nicht sinnvoller eingesetzt, wenn die Stadtpolizei bei nächster Gelegenheit ein Exempel statuieren und die Straftäterinnen bzw. die Straftäter konsequent verfolgen würde, anstatt dass die Stadtverwaltung in hoher Kadenz solche eigentlich müssigen schriftlichen Anfragen beantworten muss?
19. Betrachtet der Stadtrat die Reaktion der Stadtpolizei in diesem Fall insgesamt als angemessen?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Am Freitag, 9. November 2012, 22.19 Uhr, meldete ein Passant telefonisch an die Einsatzzentrale der Stadtpolizei, dass eine Ansammlung von Personen in die leer stehende Umbauliegenschaft an der Hottingerstrasse 44 einzudringen versuche.

Zu Frage 2: Bereits um 22.26 Uhr traf ein Streifenwagen der Stadtpolizei vor Ort ein und nahm Kontakt mit den Personen auf. Diese gaben an, nur eine Nacht in der Liegenschaft verbringen zu wollen. Zu diesem Zeitpunkt waren keine Vorbereitungsmaßnahmen für eine grosse Party oder Sachbeschädigungen zu erkennen. Nach erfolgter Information der Einsatzzentrale und des zuständigen Pickettoffiziers wurde der Streifenwagen wieder in den an Wochenenden sehr intensiven Patrouillendienst für weitere Einsätze eingesetzt.

Im Zeitfenster zwischen 22.30 und etwa 24.00 Uhr fanden mehrere Telefongespräche zwischen dem Pickettoffizier, den Fachspezialisten und der Einsatzzentrale statt. Vor Mitternacht erfolgte eine Rücksprache mit dem Hauseigentümer, daraus resultierte der Entscheid, die illegale Party im Haus gewähren zu lassen und nach dem Wochenende weitere Schritte einzuleiten.

Die polizeiliche Einschätzung stellte sich in der Folge als unzutreffend heraus, die Personenzahl wuchs sehr rasch auf eine Zahl über 100. Aufgrund der hohen Risiken, die bei einer Räumung in einer Abbruchliegenschaft für die Partyteilnehmer und die Polizei entstehen, und in Absprache mit dem Hausbesitzer wurde auf eine Intervention im Gebäude verzichtet.

Zu Frage 3: Es erfolgten in der Nacht vom 9. November 2012 in diesem Zusammenhang keine Personenkontrollen, Verzeigungen oder Verhaftungen. Ein Täter konnte nachträglich zur Anzeige gebracht werden, weitere Ermittlungen sind noch im Gang.

Zu Frage 4: Ausserhalb der Bürozeiten entscheidet der diensthabende Pickettoffizier in Zusammenarbeit mit der Einsatzzentrale und Fachspezialisten, welche Massnahmen getroffen werden.

Zu Frage 5: In der Stadt Zürich finden regelmässig illegale Partys statt. Häufig erfährt das die Polizei nicht, da sich niemand gestört fühlt. Im Normalfall kommt es zu keinen grösseren Sachschäden. Aus diesem Grund musste nicht von vornherein mit einem derartigen Verlauf gerechnet werden.

Zu Frage 6: Da nicht gesagt werden kann, wie sich die Lage nach einer massiven polizeilichen Intervention entwickelt hätte, kann diese Frage nicht abschliessend beantwortet werden. Die Stadtpolizei hätte für einen Einsatz ausserhalb der Abbruchliegenschaft in relativ kurzer Zeit Ordnungsdienstkräfte und einen Wasserwerfer zusammenziehen können. Für einen Einsatz in der Liegenschaft oder das Durchführen grösserer Verhaftungsaktionen wäre jedoch ein im Vorfeld geplantes grösseres Aufgebot nötig gewesen.

Die Stadtpolizei ist an der Umsetzung des Pilotprojekts «Neues Alarmierungskonzept». Möglichst viele Mitarbeitende der Stadtpolizei werden künftig unter ihrer privaten Handynummer telefonisch oder per SMS erreichbar sein, womit die Erreichbarkeit und damit die Verfügbarkeit der Mitarbeitenden verbessert werden. Somit sollte es in Zukunft möglich sein, bei Bedarf ein grösseres Aufgebot rasch zusammenziehen zu können.

Zu Frage 7: Der Verlauf dieser illegalen Party ist in zwei Phasen zu unterscheiden: In der ersten Phase erfolgten ausserhalb der besetzten Abbruchliegenschaft keine Sachbeschädigungen. Der Hausbesitzer verzichtete in dieser Phase auf eine Räumung und einen Strafantrag. In der zweiten und wesentlich kürzeren Phase erfolgten Sachbeschädigungen an Liegenschaften in der Umgebung.

Eine Intervention *im* Gebäude wäre auch mit starken Kräften aufgrund der Risiken für die zahlreichen Partyteilnehmenden und die Polizei kaum in Frage gekommen. Die polizeiinterne Nachbereitung hat jedoch gezeigt, dass der Verzicht auf einen Zusammenzug von Einsatzmitteln falsch war. Damit hätten unter Umständen Sachbeschädigungen *ausserhalb* der Abbruchliegenschaft unterbunden werden können.

Zu den Fragen 8 und 9: Der Stadtrat hat letztmals in der Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2012/274 das polizeiliche Handeln bei illegalen Partys in besetzten Liegenschaften dargelegt. Die Stadtpolizei ist keine politisch agierende Polizei. Dass sie in «breiten Bevölkerungskreisen» einen solchen Ruf tragen soll, ist dem Stadtrat noch nie zu Ohren gekommen. Die Stadtpolizei handelt nach dem Verhältnismässigkeitsprinzip, d. h., das polizeiliche Handeln muss zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben notwendig und geeignet sein. Selbstverständlich ermittelt die Stadtpolizei auch im Falle der illegalen Party am Hottingerplatz und verfolgt Zuwiderhandlungen strafrechtlich.

Zu Frage 10: Die Polizei trifft selbstverständlich gemäss § 3 Abs. 2 lit. e PolG Massnahmen zur Abwehr von unmittelbar drohenden Gefahren für Menschen, Tiere, Umwelt und Gegenstände sowie zur Beseitigung entsprechender Störungen. Ein Recht einzelner Gruppierungen, sich ausserhalb des gesetzlichen Rahmens zu entfalten, gibt es nicht und kann deshalb auch nicht gewichtet werden.

Zu Frage 11: Bei besagtem Vorfall am Hottingerplatz handelt es sich um eine illegale Party in einer Abbruchliegenschaft und nicht um eine politisch motivierte Aktion.

Zu Frage 12: Der Bedarf an zusätzlichen Stellen für die Stadtpolizei wurde im Konzept «Sicherheit 2020», welches dem Gemeinderat mit Weisung, GR Nr. 2012/450, vorgelegt wurde, präzise analysiert und dargelegt.

Zu Frage 13: Die Polizei hat schon immer versucht, illegale Partys zu verhindern und aufzulösen. Das Pilotprojekt «Jugendbewilligungen für Outdoor-Partys» in der Sommersaison 2012 bekräftigt diese Strategie: Für Jugendliche und junge Erwachsene, welche sich an die Regeln halten, wurde eine Möglichkeit geschaffen, legal Outdoor-Partys zu feiern. Zahlreiche Veranstalterinnen und Veranstalter, die in der Vergangenheit Partys illegal durchführten, haben von der bewilligten Praxis Gebrauch gemacht. Dies führte zu einer Verminderung der illegal durchgeführten Veranstaltungen im Outdoor-Bereich. Illegale Partys werden nach wie vor nicht toleriert und sie werden wenn immer möglich verhindert oder aufgelöst.

Zu Frage 14: Die polizeiliche Reaktion ist in besagtem Fall am Hottingerplatz nicht ausgeblieben. Wie bereits unter den Fragen 5 und 7 erläutert wurde, hat die Stadtpolizei sofort reagiert, hat jedoch die Lage falsch eingeschätzt. Der Stadtrat ist somit auch nicht der Ansicht, dass zu Wiederholungstaten eingeladen wird. Durch das Pilotprojekt «Neues Alarmierungskonzept» sollte es möglich sein, Ressourcen der Stadtpolizei noch schneller und gezielter einzusetzen.

Zu Frage 15: Kosten für einen «mutmasslichen» Polizeieinsatz können nicht berechnet werden. Es bleibt in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die Entwicklungen eines Polizeieinsatzes nicht voraussehbar sind. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass es nach einem Polizeieinsatz zu Sachbeschädigungen an privatem und öffentlichem Eigentum im Umfeld des Einsatzgebiets kommt.

Zu Frage 16: Der Stadtrat nimmt die Ängste der Bevölkerung sehr ernst. In der Stadt Zürich kommt es jedoch selten zu solchen Vorfällen, wie sie in besagter Nacht am Hottingerplatz geschehen sind. Die Umfragen betreffend subjektives Sicherheitsempfinden zeigen, dass sich die Bevölkerung sehr sicher fühlt und sogar sicherer als noch vor einigen Jahren.

Zu Frage 17: Die Erfahrungen des Stadtrats, insbesondere auch mit den Jugendbewilligungen, stützen diese Theorie überhaupt nicht: Grundsätzlich ist es nicht das Ziel von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sich mit der Verwaltung oder der Polizei Probleme zu schaffen, sondern unter sich – ohne Intervention der Polizei – legal Partys zu feiern.

Zu Frage 18: Die Stadtpolizei verfolgt wenn immer möglich Straftäterinnen und Straftäter. Der Stadtrat teilt die Ansicht, dass es müssig ist, Antworten zu Schriftlichen Anfragen mit fast identischen Fragen regelmässig zu beantworten.

Zu Frage 19: Aufgrund der in den Eingangsfragen dargelegten Lageeinschätzung und den Erfahrungen aus früheren illegalen Partys in Abbruchliegenschaften (normalerweise keine Sachbeschädigung ausserhalb der Liegenschaften), war die Reaktion der Stadtpolizei zum Zeitpunkt des Geschehens nachvollziehbar. Die Stadtpolizei hat jedoch nachträglich erkannt, dass die Einschätzung falsch war und mehr Einsatzmittel hätten zusammengezogen werden müssen. Sowohl eine systematische Nachbereitung aller Fälle als auch das Pilotprojekt «Neues Alarmierungskonzept» wird helfen, in Zukunft besser auf solche Vorfälle reagieren zu können.

Vor dem Stadtrat

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti